

6mal wöchentl. Bezugspreis: für März 2,25 Rent.-Mark
Anzeigen: Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Mark
Werte: Die eingeposteten Zeitzeile 20 S. f. Familien- u.
Werbungsanzeigen, Größe 15 A. Die Zeit-Beilage
60 mm breit, 1 A. Offertengeld für Selbstabholer 15 S.
bei Uebernahme durch die Post außerdem Vorzugskong.
Preis für die Einzelnummer 10 Renten-Pfennig.
Geschäftlicher Teil: Josef Hofmann, Dresden

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verantwortlichkeit auf
Aktionen sowie Erfüllung von Anzeigen/Aufträgen und
Bestellung von Schabenerlag. Wir übernehmen keine Verant-
wortung für ungenutzte Anzeigen. Anzeigen werden mit Verzug
nicht verlegt. Manuskripte werden nicht aufbewahrt.
Sprechstunde der Redaktion 5 bis 8 Uhr nachmittags.
Belegblätter: Dr. Josef Albert, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verlagsstelle der Sächsischen Volkszeitung und
Zustand und Verlag: Saxonia-Verlagsdruckerei GmbH,
Dresden-K. 16, Postfachstraße 46, Fernruf 32722, Volk-
schiffstraße Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-K. 16, Postfachstraße 46, Fernruf 32722
und 32039

Zentrum und Reichsschulgeseh

(Von einem führenden Zentrumspolitiker.)

Der Katholiken-Ausschuß der Deutschnationalen Volkspartei
ist der Meinung, daß eine wichtige parteipolitische Waffe gegen
das Zentrum aus dem Umstande geschmiedet werden könnte,
daß das Reichsschulgeseh bis jetzt noch nicht zustande
gekommen ist. In Nr. 86 der „Sächsischen Zeitung“ vom
20. Februar dieses Jahres werden geradezu ungeheuerliche An-
kündigungen gegen das Zentrum und den letzten Reichskanzler er-
lassen, die in außerordentlich weitgehendem Maße auf die Un-
kenntnis der Leser von den tatsächlichen Vorgängen rechnen und
aufgebaut sind. Professorelos bedeutet das Zentrum feindschaftlich,
daß die Beratungen des Reichsschulgesehes bis jetzt noch nicht zu
einem Ergebnis geführt haben. Die Gründe dafür sind so oft
sowohl vom Zentrum wie von der katholischen Schulorganisa-
tion in der Öffentlichkeit dargelegt worden, daß es ein hartes
Stück für den Verfasser des genannten Artikels darstellt, von
all dem nichts wissen zu wollen! Ohne nichtsnutzige Unter-
stellungen geht es dabei nicht ab. Die reichsgesetzliche Fest-
legung bestimmter Grundsätze für die Errichtung des Schul-
wesens in Deutschland soll nach dem Artikel der „Sächsischen
Zeitung“ schon jahrelang deshalb unterblieben sein, „damit das
Vorkommen des Zentrum nur nicht ins Wanken gerät. Vor-
her die unbegreiflichen Widerstände, die die Beteiligten evan-
gelischen und katholischen Kreise, insbesondere in Sachsen,
aber auch in Schlesien und im ganzen Reich stunden, sobald sie auf
Erlaß des Reichsschulgesehes drängen.“ Das Vorkommen des
Zentrums besteht schon lange nicht mehr. Das könnte auch
allmählich der Verfasser jenes Artikels wissen. Jeder halbwegs
Bewußte dürfte ferner wissen, daß zum Erlaß eines Gesetzes
eine Mehrheit im Reichstage gehört. Das ist eine Unwissen-
heit, die man auszusprechen sich schämen muß, und dem-
noch scheint diese Wahrheit dem Artikelverfasser noch nicht be-
kannt geworden zu sein. Er müßte sonst wissen, daß im Reichs-
tage eine für das Zustandekommen eines der
Wünsche der Freunde der Konfessionslos-
entfaltung Reichsschulgesehes erforderliche
Mehrheit nicht vorhanden war! Er müßte ferner
aus den verschiedenen Veröffentlichungen der letzten Jahre wissen,
daß gerade das Zentrum, und nicht an letzter Stelle auch der
jetzige Reichskanzler sich unablässig bemüht hat, eine Verständig-
ung zwischen den verschiedenen für eine Mehrheit erforderlichen
Parteien des Reichstages zu erzielen, um die Mehrheit herbeizufüh-
ren. Der Artikelverfasser muß tatsächlich lange Monate seine
Forderungen mehr gelesen haben, sonst müßte er wissen, daß nicht
an der Ablehnung der Sozialdemokraten, sondern an dem Wider-
streben der Demokraten, der Versuch, der Konfessionslos-
entfaltung des Zentrums entsprechende Begriffsbestimmungen zu
geben und damit das Zustandekommen des ganzen Gesetzes
geschindert ist. Der Artikelverfasser würde der Welt und den
Freunden der Konfessionslos-entfaltung einen außerordentlich großen
Erfolg erwiesen, wenn er einmal den Weg anzeigte, auf
Zentrum, Deutscher und Bayerischer Volkspartei und Deutschna-
tionaler Partei, die zusammen mit der Konfessionslos-entfaltung
Himmeln können, eine Mehrheit zu bilden gegenüber Demokraten
und Sozialdemokraten, die nun einmal über mehr Stimmen ver-
fügen, als die vorgenannten Parteien. Aber es gilt nun einmal
fest, kurz vor den Wahlen einige scharfe Dörbe gegen das
Zentrum und den Zentrumskanzler zu führen. Auf einige Un-
richtigkeiten oder eine Freirichtung der Öffentlichkeit kommt es
dabei dem Artikelverfasser nicht weiter an.

Nebenher wird dann auch die katholische Schulorganisa-
tion angegriffen, weil sie nichts anderes als ein Zentrumorgan
sei und merkwürdigerweise Mitglied sei, obwohl von den
evangelischen Elternvereinigungen in Sachsen müde und un-
fallende Einsprüche gegen die Verschlebung des Schulwesens
erfolgt seien. Die zahlreichen Resolutionen der Schulorganisa-
tion, die ungemein wertvolle Sammlung von Unterschriften in ganz
Deutschland zugunsten der Konfessionslos-entfaltung, die von der Schul-
organisa- tion in überaus opferfreudiger Arbeit durchgeführt wor-
den ist, wird wohlweislich verschwiegen.

Es wird in dem erwähnten Artikel ferner auf eine Ent-
schlebung des Katholiken-Ausschusses in Sachsen hingewiesen,
die dem Reichskanzler eingeleitet sei und in der von der gegen-
wärtigen Reichsregierung in der Schlußfrage die Entlastung so-
fortiger härtester Aktivität verlangt werde. Von dieser Eingabe
habe die katholische Presse ihren Lesern keine Kenntnis gegeben.
Die katholische Presse war eben über den Gang der Beratungen des
Schulgesehes und über die Unmöglichkeit, ein den Anforderungen
der Konfessionslos-entfaltung entsprechendes Schulgesetz zustande-
bringen, etwas besser unterrichtet als der Artikelverfasser! Die
erwähnte Eingabe fürchtete zwar auch ungenutzterweise von
einer objektiven Verschlebung des Reichsschulgesehes, macht
aber vorsichtigerweise den Vorwurf dem Bildungsausschuß des
Reichstages nicht, nicht mehr dem Zentrum. Sie verlangt
auch von der Reichsregierung nicht den Versuch, den Reichstag
weiter mit der Beratung des Schulgesetze zu betrauen. Die
Eingabe ist also offenbar von Männern redigiert, die die Tat-
sachenverhältnisse genau kennen, sich also auch den Vorwurf ver-
sagen lassen müssen, daß der Vorwurf der Verschlebung von
ihnen kaum als ernst genommen werden kann. Die Eingabe be-
zeichnet es als eine Pflicht der Reichsregierung, „das Verlangen des
Reichstages auf diesem Gebiete zum Anlaß zu nehmen, um mit
allen gesetzlichen Mitteln ohne Rücksicht auf den Widerstand
interessierter Parteikreise auf die beschleunigte Aufklärung des
Reichstages und die Befragung des deutschen Volkes hinzuwirken.“
Der Reichstag sollte also unter der Bezeichnung des Rich-
tungsanbetrachtens des Schulgesetze aufgestellt werden.

Zu all dem wirtschaftlichen und finanziellen Jammer, der
gerade das deutsche Volk befallen, soll auch noch die Gegen-
sätzlichkeit der Weltanschauung in den Wahlen
kampf hineingetragen werden. Wer die Verantwortung für
ein solches Vorgehen übernimmt, will, der mag es tun. Die
Reichsregierung wird sich wohl nicht dazu verstehen, eine solche
Wahlkampfpropaganda, wie sie so oft deutschnational ist, zu betreiben.

Dr. Schachts Londoner Besprechungen

Die Verhandlungen über die Micumverträge — Marshall Foch beim Papst — Die Strafanträge
im Zeignerprozeß

Das Kapital für die Goldnotenbank

Paris, 26. März. Nach dem Londoner Korrespondent des
„Daily Journal“ hat der Reichsbankpräsident Dr. Schacht gestern
in London gewillt. Er hat mit verschiedenen Persönlichkeiten
der britischen Finanzen Unterredungen über die geplante Gold-
notenbank gehabt. Das Kapital dieser Bank, das auf 500
Millionen Goldmark festgesetzt ist, wird zum größten Teil von den
britischen Banken zur Verfügung gestellt werden. Die Trans-
aktionen der Bank werden ausschließlich in Pfund Sterling erfolgen.
Man vernimmt, daß Dr. Schacht spätestens Freitag abend die
Rückreise nach Berlin antritt.

Die Pariser Schwierigkeiten

Von wirtschaftspolitischer Seite wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen der Sachverständigen in Paris sind auch
jetzt noch nicht zum Abschluß gekommen. Es ist leider richtig,
daß diese Sachverständigen-Beratungen in Paris sehr erheblichen
Schwierigkeiten begegnet sind. Es ist damals auf Grund des
Verlaufs der Beratungen in Berlin hier und da eine sehr starke
Hoffnungsfreudigkeit aufgekommen. Wir haben an dieser Stelle
immer vor Optimismus gewarnt, und wie recht wir dabei beraten
waren, zeigt die jetzige Lage. Schon in Berlin hat es in den
letzten Tagen der Anwesenheit der Sachverständigen Schwierig-
keiten gegeben wegen der Klärung bestimmter Fragen, die mit der
Leistungsfähigkeit der Großbanken, der Großindustrie wie des
Großhandels überhaupt zusammenhängen. Darauf hat man nun
in Paris eingegangen. Dort ist sowohl Material gegenüber den
Ergebnissen der Berliner Untersuchung herangezogen worden,
daß nun jetzt die Dinge noch unklarer geworden sind. Außerdem
aber auch, und das ist das empfindlichste, werden die der deut-
schen Regierung zu stellenden Bedingungen für ein Moratorium
und für eine internationale Anleihe ganz und gar unter dem
nunmehrigen französischen Einfluß stehen. Darauf muß man sich
unbedingt vorbereiten, um nicht von neuem enttäuscht zu werden.

Im wesentlichen dreht es sich jetzt bei den Pariser Bespre-
chungen um die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit. Der
Kardinalpunkt aller an Deutschland zu stellenden Forderungen
wird die Kontrolle der deutschen Eisenbahn sein und diese Kontrolle
wird den Mittelwert der allgemeinen Finanz-
kontrolle bilden, die man Deutschland anzuerkennen gedenkt.
Auch die kommende endgültige Goldnotenbank soll in den Dienst
dieser Kontrolle gestellt und deshalb als internationale Bank aus-
gestaltet und mit dem Charakter einer Reparationskasse versehen
werden. Dieser Goldnotenbank wird in ihrer ganzen Gestaltung
die allergrößte Bedeutung beizumessen sein, denn das ausländische
Kapital wird nach Lage der Dinge einen starken, ja fast überlegen-
den Einfluß erhalten und damit wird auch die Kontrollierung
unserer gesamten Wirtschaft bis zum System der Industrie- und
Handelsbank verbunden sein. Wir werden uns daher darauf
setzen müssen, daß die nächsten Erörterungen über diese
Fragen und vor überaus schwere Prüfungen stellen wird.

Paris, 26. März. In der Frage, wann der Bericht der Sach-
verständigen endgültig der Reparationskommission überreicht wird,
berichtet die Agence Havas: Aus einer in den autoritativen
Kreisen vorgenommenen Untersuchung ergab sich, daß
die Sachverständigen sehr wahrscheinlich ihre Arbeiten am Sonn-
abend den 29. März beenden werden. Sie dürften jedoch zu einer
letzten Hebearbeitung des Textes schreiben. Unter diesen Um-
ständen wird die Reparationskommission nicht vor Dienstag, den
1. April offiziell mit dem Dokument befaßt werden können. Dieses
wird ohne Zweifel schon am Tage nach der Ueberreichung der
Dokumentation übergeben werden.

Paris, 26. März. Dem Pariser Korrespondent des
„Sächsischen Telegraphen“ zufolge, soll es den Sachverständigen im
Anschluß an die Londoner Reise der englischen Sachverständigen
gelungen sein, sich gestern über die Höhe der von Deutschland
während des Moratoriums auszubringenden Leistungen wie über
die Höhe der deutschen Darlehensab 1928 zu einigen.

Die Deutschnationalen selbst werden wenig erbaut sein von dem
Wetterleuchten konfessionellen Haders, das jetzt bereits aufzuckt
angehts gewisser Bekundungen im Münchner Prozeß. Wollen
die Herren tatsächlich unser Volk auseinanderreißen, indem sie wän-
schen, daß gerade jetzt, wo es sich um Leben oder Untergang des
deutschen Volkes handelt, auch noch konfessionelle Zwietracht und
leidenschaftlicher Kampf um die Weltanschauung das deutsche Volk
zu gegenseitiger Verfeindung fanatisiert? Es ist geradezu un-
geheuerlich, zu welchen Konsequenzen die Parteileidenschaft führen
kann!

Die Micum-Verträge

Wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, werden in diesen Tagen
die amtlichen Verhandlungen zwischen den deutschen und den
französischen Vertretern wegen der Micum-Verträge aufgenom-
men. Weil sich die Beratungen der Sachverständigen infolge in-
zwischen eingetretener Schwierigkeiten länger als ursprünglich
angenommen war, hinauszog, so daß mit Regelung der beiden
seitigen wirtschaftlichen Abmachungen auf Grund der Micum-Ver-
träge bis zu deren Ablauf am 15. April nicht mehr gerechnet
werden darf, wird nun auch offiziell die Frage der Verlänger-
ung dieser Verträge in Erörterung gezogen. Es wird
sich wohl vorläufig darum handeln, diese Verträge um einen
Monat, also bis zum 15. Mai in ihrer Geltungsdauer zu ver-
längern. Die Reichsregierung wird bei den Verhandlungen keinen
Zweifel darüber lassen, daß diese Regelung nur als eine provi-
sorische bis zur Ueberwindung eines Uebergangsstadiums anzu-
sehen ist, und daß sie ihren Standpunkt aufrecht erhält, wonach
diese Verträge auf die Dauer nicht erfüllt werden können, und
daß die Regierung als solche nicht, wie man es von französischer
Seite gern möchte, ihrerseits in die jetzt von der Industrie als
solcher übernommenen Verpflichtungen einzutreten in der Lage
wäre.

Die Haltung Berlins

London, 26. März. Der Londoner Berichterstatter des Man-
chester Guardian schreibt:

Bei der Unterredung zwischen Macdonald und St. Austair habe
Macdonald angedeutet, daß jetzt ein neuer Faktor in die Erörter-
ung eintrete. Der neue Faktor in der Lage sei die Haltung
Berlins. Von deutscher Seite sei betont worden, daß keine
deutsche Regierung irgendwelche Vereinbarung betreffend die
Rheinlande annehmen werde, die über die Bestimmungen des Ver-
sailleser Vertrages hinausgehe. Auch werde Deutschland dem Vö-
lkerverbund nur unter der Bedingung beitreten, daß ihm ein dauer-
hafter Einfluß im Völkerverbund im voraus verbriefet werde. Das
deutsche Element in diesem Problem sei der neue Faktor, der durch
Macdonald gegenüber Paris betont werde.

Berlin, 26. März. Die der „Tag“ mitteilt, dürfte die Reichs-
regierung, wenn, wie es den Anschein habe, der Bericht der Sach-
verständigen erst Mitte April endgültig abgeschlossen werden
sollte, nach Ueberreichung oder öffentlicher Bekanntmachung des
Sachverständigenberichts wahrscheinlich den Ententeregierungen
mitteilen, daß die Wahlen in Deutschland eine offizielle
Stellungnahme unmöglich machen und daß erst die
aus dem neuen Reichstage hervorgehende Regierung zu prakti-
schen Verhandlungen auf Grund der Sachverständigenberichte
bereit sei. Ursprünglich habe man die Annahme vertreten, daß
der Sachverständigenbericht schon Anfang oder Mitte März vor-
liegen würde, daß also noch das Kabinett Marx in direkte Ver-
handlungen mit den Ententeregierungen eintreten müßte.

Der Besuch Fochs beim Papst

Rom, 26. März. Marshall Foch wurde gestern vom Papst
empfangen. Später hatte er eine längere Unterredung mit dem
General Diaz. Ueber den Inhalt verlautet nichts Bestimmtes.

Der Druck auf Macdonald

Paris, 26. März. Chicago Tribune berichtet, daß im
Lager der englischen Arbeiterpartei die Opposition gegen Mac-
donald wegen seiner unschlüssigen Haltung gegenüber Frankreich
auflebend im Wachen begriffen sei. Der Wortführer dieser Opo-
sitionsgruppe sei der Schabkanzler Snowden. Diese Gruppe
wünsche, daß Macdonald Frankreich klaren Wein darüber ein-
schenke, daß, wenn Frankreich Deutschland gegenüber nicht eine
andere Politik einschlägt, Großbritannien sich von Frankreich
trennen müsse.

Wir wollen nicht näher darauf eingehen, wie sehr sich der
Artikelverfasser selbst erniedert, indem er dem Reichskanzler
vorwirft, er habe als Leiter der katholischen Schulorganisa-
tion an die kirchlichen Volksteile noch kein Wort gerichtet, wohl aber
an den Zentralverein der Staatsbürger sächsischen Glaubens!
Daß der jetzige Reichskanzler in diesen Hunderten von öffentlichen
und elterlichen Versammlungen über die kirchlichen Schulgrün-
den gesprochen und in unzähligen Artikeln und Schriften dafür
eingetreten ist, das muß parteipolitische Haß verschlingen. Da
verträgt die Wahrheit nicht!